



## Niederschrift 32. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 12.10.2017
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	18:59 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk	SPD	Sitzungsleitung
---------------------	-----	-----------------

#### Ausschussmitglieder

Frau Frauke Frehse-Sevran	anerkannter freier Träger	
Herr Dirk Harder	anerkannter freier Träger	ab 16:33 Uhr
Herr Matthias Kaiser	CDU/ANW	
Herr Björn Karl	CDU/ANW	
Herr Nico Marquardt	SPD	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Rüdiger Schmolke	anerkannter freier Träger	ab 16:33 Uhr
Herr Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 16:37 Uhr

#### stellv. Ausschussmitglieder

Frau Heiderose Gerber	anerkannter freier Träger
Frau Ute Parthum	anerkannter freier Träger

#### beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede	Migrantenbeirat	
Frau Dr. Birgit von Bülow	Amtsgericht Potsdam	bis 17:45 Uhr
Frau Anja Mischur	Polizeiinspektion Potsdam	ab 16:35 Uhr
Frau Lisa Kabitzke	Jugendvertretung	
Frau Wiebke Kahl	Kita-Elternbeirat	
Herr Reinhold Tölke	Jugendamtsleiter	

#### Beigeordneter

Herr Mike Schubert	Geschäftsbereich 3
--------------------	--------------------

### Nicht anwesend sind:

#### Ausschussmitglieder

Frau Helga Hübner	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr René Kulke	DIE aNDERE	entschuldigt
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	entschuldigt

### **beratende Mitglieder**

Frau Dr. Kristina Böhm	Öffentlicher Gesundheitsdienst	entschuldigt
Frau Sylvia Frenzel	Kreiselternerat	entschuldigt
Frau Jasmin Gründer	Kreisschülerrat	nicht entschuldigt
Herr Dirk Heidepriem	staatl. Schulamt	nicht entschuldigt
Frau Raina Maria Lau	Humanistischer Verband	nicht entschuldigt
Frau Doreen Ließ	Agentur für Arbeit Potsdam	entschuldigt
Herr Steffen Müller	Stadtsportbund	entschuldigt
Herr Jochen Reinke	Evangelische Kirche	entschuldigt
Frau Angela Schmidt-Fuchs	Katholische Kirche	entschuldigt
Frau Martina Trauth-Koschnik	Büro f. Chancengleichh./ Vielfalt	nicht entschuldigt
Herr Borys Zilberman	Jüdische Gemeinde	nicht entschuldigt

### **Gäste:**

Frau Kerstin Elsaßer	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr Andreas Bauch	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.09.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Informationen des Jugendamtes
- 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 5 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elternbeirates
- 6 Bericht zum Stand "RibbeckEck"
- 7 Vorstellung des Rechtsgutachtens Kita
- 8 Satzung für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Satzung) - Ermittlung der Höchstbeträge
- 9 Entsendung eines JHA-Mitgliedes in die Auswahlgruppe "Kiez-Kita"
- 10 Neues Kita-Gesetz noch in dieser Legislaturperiode  
Vorlage: 17/SVV/0758
- 11 Anerkennung des Trägers Universitätssportverein Potsdam e.V. gemäß § 75 SGB VIII  
Vorlage: 17/SVV/0760
- 12 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 12.1 Sitzungskalender 2018  
Vorlage: 17/SVV/0675
- 13 Mitteilungen der Verwaltung
- 13.1 Einwohnerversammlung im Ortsteil Fahrland gemäß § 4 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Nr. b) und e) der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 17/SVV/0739
- 14 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 07.09.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 10 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift vom 07.09.2017 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

Anschließend bittet Herr Kolesnyk um Abstimmung über die Tagesordnung. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

#### **zu 3 Informationen des Jugendamtes**

Herr Kolesnyk informiert, dass Frau Hübner und Frau Matthesius jeweils erklärt haben, dass sie von ihrem Mandat im Jugendhilfeausschuss zurücktreten. Voraussichtlich wird in der Dezember-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die Nachwahl erfolgen. Bei den Vorschlägen für die Nachbesetzung soll auf die ursprüngliche Liste der anerkannten freien Träger zur Wahl 2014 zurückgegriffen werden.

Herr Tölke teilt, dass derzeit durch das Jugendamt 135 **unbegleitete minderjährige Ausländer** betreut werden. Aktuell gibt es keine weiteren Zuweisungen durch das Land. Es wird davon ausgegangen, dass die Zahlen weiter zurückgehen.

Herr Tölke informiert, dass es durch die Umstellung der **Zahlungen an die Tagespflegepersonen** zu Problemen bei den Zahlungsabläufen gekommen ist. In der Folge haben ca. 20 Tagespflegepersonen in den letzten Monaten nicht pünktlich ihre Zahlungen erhalten. Diese Abläufe werden jetzt optimiert, um zukünftig pünktlich realisiert zu werden. Sollten den Tagespflegepersonen durch die Zahlungsverzögerungen finanzielle Nachteile entstanden sein, werden diese durch die LHP erstattet.

Herr Schubert ergänzt, dass er sich in einem persönlichen Gespräch und auch in einem Schreiben für die Verzögerungen entschuldigt hat. Es ist aber klar, dass derartige Dinge nicht passieren sollten.

Herr Tölke erinnert an die Veranstaltung zur **Verleihung des Siegels „Kinderfreundliche Kommune“** an die Landeshauptstadt Potsdam am 19.10.2017, 15:00 Uhr im Treffpunkt Freizeit. Der Oberbürgermeister wird das Siegel für die LHP entgegen nehmen.

Herr Tölke weist darauf hin, dass es bisher nicht sehr viele Anmeldungen von JHA-Mitgliedern gibt.

#### **zu 4 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII**

Frau Frehse-Sevran teilt mit, dass sich der **Unterausschuss Jugendhilfeplanung** mit der Vorbereitung der Klausur des Jugendhilfeausschusses befasst hat. Folgende Themen sollen bearbeitet werden: Jugendförderplan, Verzahnung der Jugendförder-Felder und Jugendklub 4.0.

Des Weiteren wurde im Unterausschuss ein Sachstandsbericht der Verwaltung zur Sozialraumevaluation gegeben.

Das Thema Jugendklubs wurde bearbeitet.

Die Zusammenfassung der Rückmeldung der Fragebögen zur Kommunikation öffentlicher und freier Träger wurde beraten.

Die Liste der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe wurde besprochen. 2 Träger wollen die Vereinbarung zum Kinderschutz nicht unterschreiben. Hier wird empfohlen, die Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII zu widerrufen.

Abschließend weist Frau Frehse-Sevran darauf hin, dass am 13.10.2017 der Kita-Fachtag stattfindet.

Herr Siegert informiert, dass die **AG Kita** am 19.09.2017 getagt hat. Hier sollte die Kooperation zwischen Jugendamt und Sozialamt besprochen werden. Die Vertreter des Sozialamtes sind nicht erschienen.

Die Rahmenkonzeption Kiez-Kitas wurde in der AG besprochen. Es wird begrüßt, dass in der Auswahlkommission zur Kiez-Kita auch ein JHA-Mitglied vertreten ist.

Im November erfolgt Neuwahl der AG.

Herr Otto merkt an, dass bei der Neuwahl der AG Kita auch ein neuer Vertreter des Jugendhilfeausschusses in die AG gewählt werden muss.

Herr Ströber berichtet, dass sich die **AG Hilfen zur Erziehung** mit der Kommunikation öffentlicher und freier Träger befasst hat. Die AG hat einen Verhaltenskodex aufgestellt, wie sich die Träger untereinander bei schwierigen Situationen verhalten sollten.

Es gibt regelmäßige umA-Netzwerktreffen, bei denen viele Akteure beteiligt sind.

Es sollte im Jugendhilfeausschuss berichtet werden, was in dem Netzwerk getan wird.

Auch die Auswertung des Jugendhilfeworkshop ist erfolgt.

Frau Spatz teilt mit, dass die **AG Jugendförderung** am 28.09.2017 getagt hat. Die AG bittet um Beteiligung bei der Erstellung des neuen Jugendförderplanes und möchte auch zur Klausur des Jugendhilfeausschusses eingeladen werden. In der AG gab es eine Verständigung zum Jugendklub RibbeckEck. Der Erhalt der Einrichtung und die Beteiligung der Nutzer werden für sehr wichtig erachtet.

Herr Weyh informiert über das Treffen der **Regionalen Jugendhilfe AG 1**. Schwerpunktthemen der Beratung waren das PLS-Programm und das RibbeckEck.

Frau Parthum berichtet, dass die **Regionale Jugendhilfe AG 3** am 13.9.2017 getagt hat. Es wurde besprochen, dass am 14.03.2018 die Regionalkonferenz am Schlaatz durchgeführt wird.

## **zu 5 Bericht der Jugendvertretung und des Kita-Elterbeirates**

Frau Kabitzke informiert, dass die Jugendvertretung an der Siegelverleihung teilnehmen wird.

Frau Kahl fragt, nach dem Stand der Zahlungen für die langen Betreuungszeiten, da die Richtlinie dazu bereits vor der Sommerpause beschlossen wurde.

Frau Elsaßer (FB Kinder, Jugend und Familie) erklärt, dass am 30.09.2017 der Rückmeldetermin für die Träger war. Derzeit erfolgt die Prüfung. Realistisch ist die Zahlung Ende November 2017.

Herr Bauch (FB Kinder, Jugend und Familie) ergänzt, dass mit dem Beschluss auch das Budget festgelegt wurde.

Herr Schubert macht darauf aufmerksam, dass dabei auch beachtet werden muss, wann der Haushalt 2017 der Landeshauptstadt Potsdam beschlossen und genehmigt wurde.

## **zu 6 Bericht zum Stand "RibbeckEck"**

Herr Schubert berichtet, dass es in dieser Woche ein Gespräch im RibbeckEck gab, zu dem die Vertreter der Arbeitsgruppe des Jugendhilfeausschusses, Frau Borg und Herr Richter (Kommunaler Immobilien Service) anwesend waren. Dieses Gespräch war sehr konstruktiv.

Im Ergebnis wird der Paragraph 13 e.V. ein Nutzerinnentreffen durchführen, in dem das Konzept besprochen werden soll.

Er schlägt vor, die JHA-Sitzung im Dezember 2017 im RibbeckEck durchzuführen und sich dann vor Ort die Grundidee vorstellen lassen. Danach muss eine Grundsatzentscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung getroffen werden.

Herr Kolesnyk greift den Vorschlag der Durchführung der Sitzung im RibbeckEck auf, vorbehaltlich des Platzes für die Durchführung der Sitzung.

## zu 7 **Vorstellung des Rechtsgutachtens Kita**

Herr Schubert teilt mit, dass die Ersteller des Gutachtens heute nicht an der Sitzung teilnehmen können. Somit kann die juristische Fachdiskussion heute nicht geführt werden.

Er informiert, dass das Gutachten an alle Fraktionen ausgereicht wurde. Das MBS hat das Gutachten ebenfalls erhalten.

Für den Haushalt 2018/2019 wurden die Mittel hierfür mit eingeplant, um eine Grundlage zu haben, um Zahlungen durchführen zu können. Auch der Städte- und Gemeindebund hat das Gutachten erhalten. Hier wurde bereits die gemeinsame Diskussion geführt.

Er verweist auf die ab Seite 17 dargestellten Klagearten sowie auf die Fristen (Seite 13) und macht darauf aufmerksam, dass für eine Kommunale Verfassungsbeschwerde noch Zeit bis zum 01.08.2018 bleibt.

Es gibt einen weiteren Weg, nämlich den der Verpflichtungsklage. Grundlage hierfür ist der Bescheid, der Anfang des Jahres kommt. Sollte dieser nicht den Tatsachen entsprechen, gibt es die Möglichkeit der Verpflichtungsklage.

Es gibt also verschiedene Wege.

Herr Otto hebt hervor, dass die Landesregierung ein Interesse an einer gerechten Kita-Finanzierung haben sollte. Er fragt, wie die Chancen für eine gütliche Einigung sind.

Frau Dr. Müller betont, dass es sich hier nicht um ein Potsdam spezifisches Problem handelt. Je besser es gelingt, den Betroffenenkreis zusammenzuführen, umso wirkungsvoller wird dies. Sie spricht sich für eine einvernehmliche Lösung aus.

Herr Schubert macht deutlich, dass die Landesregierung an dieser Stelle in den Dialog treten muss, da es sich hier um mehrere Themen handelt, die bearbeitet werden müssen.

Herr Tölke weist darauf hin, dass im Ergebnis von Kita-Zoom der Expertendialog installiert wurde, der dem Land Vorschläge unterbreitet, wie die Qualität in den Kitas verbessert werden kann.

Das Expertengremium hat 2 Jahre lang diskutiert. Das Ergebnis wird dem Landeskinderjugendausschuss zur Beratung vorgelegt und dann der Landesregierung.

Herr Kolesnyk hält es für sinnvoll, im Zweifel auch tatsächlich Klage zu erheben, da das Kita-Gesetz in vielen Punkten überarbeitet werden muss. Damit ist die Landesregierung gezwungen zu handeln.

Herr Schubert erklärt, dass die Richtlinie fertiggestellt werden muss.

## zu 8 **Satzung für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten der Landeshauptstadt Potsdam (Kita-Satzung) - Ermittlung der Höchstbeträge**

Herr Schubert informiert, dass er beabsichtigt eine Runde aus Vertretern des Kita-Elternbeirates, der AG Kita und Vertretern des Jugendhilfeausschusses einzusetzen, die noch in diesem Jahr mit der Arbeit beginnen soll.

Er verweist auf die Normenkontrollklage und das laufende Verfahren dazu.

Frau Kahl und Herr Meyer stellen anhand einer Präsentation die Ergebnisse der AG „Kitabeiträge“ des Kita-Elternbeirates der Landeshauptstadt Potsdam vor. Sie erläutert die Berechnung der Höchstbeiträge der AG „Kitabeiträge“ den Berechnungen Landeshauptstadt Potsdam, die anhand der Akteneinsicht ermittelt wurden, gegenüber.

Danach weisen sie darauf hin, dass nach Ansicht der AG die Satzung nicht gesetzeskonform zustande gekommen ist. Es hätte eine Kalkulation erstellt und der Satzung beigefügt werden müssen.

Des Weiteren weisen sie darauf hin, dass Elternbeiträge vom Träger der Einrichtung auf der Grundlage der entstehenden Kosten festzulegen sind.

Frau Kahl und Herr Meyer verweisen auf die gesetzlichen Grundlagen der Einvernehmensherstellung, die aus Sicht der AG nicht erfolgt ist.

Herr Boede bittet um Ausreichung der Präsentation als Anlage zur Niederschrift.

Herr Kolesnyk sagt zu, dass die Präsentation als Anlage zum Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem hinterlegt wird.

Herr Otto kann sich erinnern, dass bei der Diskussion zur Elternbeitragssatzung darauf verwiesen wurde, dass die niederen Einkommensgruppen entlastet werden sollten und die höheren Einkommensgruppen dies kompensieren sollten.

Herr Wollenberg wirbt dafür, die Punkte nicht auseinander zu dividieren. Wie die einzelnen Beitragsgruppen verteilt werden, berührt nicht die Frage, wie der Betrag zustande gekommen ist, der zugrunde gelegt wird.

Er bittet darum, dass auch Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung in die Arbeitsgruppe genommen werden. Er fragt, welche zeitlichen Vorstellungen zur Bearbeitung hier bestehen.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass die in der Präsentation vorgestellten Darstellungen die Betrachtungsweise des Kita-Elternbeirates ist.

Herr Ströber fragt, ob es bereits eine Beschlussvorlage zur Einrichtung der Arbeitsgruppe gibt. Die Arbeitsgruppe muss jetzt schnellstmöglich zusammengerufen werden und dann im Jugendhilfeausschuss berichten.

Herr Schubert betont, dass für den Einsatz der Arbeitsgruppe kein Beschluss benötigt wird. Mit der Arbeit soll noch im Jahr 2017 begonnen werden. Eine Aussage zur Zeitschiene ist aufgrund der Komplexität und der verschiedenen Möglichkeiten der Auslegung des Kita-Gesetzes schwierig. Ein großes Problem ist aus seiner Sicht der Umgang mit dem Gesetz.

In die AG können gern JHA-Mitglieder aufgenommen werden, auch Vertreter des GB1 (Zentrale Steuerung und Finanzen) sollten mit an den Tisch. Zunächst muss eine zügige Auswertung erfolgen.

Frau Kahl weist darauf hin, dass die Zahlen der vorläufigen Grobkalkulation bereits durch das Jugendamt ermittelt wurden.

Herr Wollenberg regt an zu überlegen, ob der Gesetzgeber mit an den Tisch geholt werden soll, wenn Bereitschaft von dort besteht.

Frau Dr. Müller bittet vor den Beginn der Arbeit der AG, genau zu überlegen, wie sich die AG zusammensetzen soll, ob die AG moderiert werden soll und ob die finanziellen Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden können. Es sollte auch ganz genau überlegt werden, wer in die AG gehen soll. Sie bittet, dass sich der

Unterausschuss damit befasst und eine Planskizze fertig, wer an der AG beteiligt werden soll.

Herr Schubert macht deutlich, dass hier ein schneller Beginn erwartet wird. Es gibt bereits eine Vorarbeit durch den Kita-Elternbeirat. Verwaltung, Träger und Stadtverordnete bekommen diese zur Kenntnis. Dann sollte sinnvoll der Prozess gestaltet werden.

Herr Karl begrüßt die Einrichtung der AG ausdrücklich.

Frau Kahl fragt, wie die Vertreter der Kita-Träger dies sehen.

Herr Wollenberg betont, dass erst nach Vorlage einer rechtskonformen Kostenkalkulation in einem weiteren Schritt darüber beraten werden kann, wie die Kosten verteilt werden sollen.

Herr Siegert teilt mit, dass sich die AG Kita auch mit dem Thema befasst hat und an einer Mitarbeit in dieser Arbeitsgruppe interessiert ist.

Herr Schubert sagt zu, vor der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die AG, die sich aus Verwaltung, Kita-Elternbeirat, Kita-Trägern und Fraktionsvertretern zusammensetzen soll, einzuberufen. In der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erfolgt eine erste Information. Er wird auch das MBSJ fragen, ob dies mitwirken möchte.

## **zu 9      Entsendung eines JHA-Mitgliedes in die Auswahlgruppe "Kiez-Kita"**

Frau Elsaßer (FB Kinder, Jugend und Familie) informiert, dass die Auswahlkriterien gemeinsam vereinbart wurden. Sie erklärt, dass in der Auswahlgruppe neben Vertretern der AG Kita auch ein Mitglied des Jugendhilfeausschusses mitarbeiten soll.

Das Rahmenkonzept liegt im Entwurf vor und ist am 11.10.2017 der AG Kita zugegangen. Spätestens in 2 Wochen sollen die Träger aufgefordert werden, ihre Konzepte einzureichen.

Es müssen mindestens 4 Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden.

Frau Dr. Müller hätte sich gewünscht, zwischendurch über die einzelnen Arbeitsschritte informiert zu werden. Auch vor dem Hintergrund, dass es sich um ein wichtiges Thema handelt.

Herr Tölke verweist auf den enormen Zeitdruck und die sehr kurzen Fristen.

Herr Kolesnyk fragt, ob das Konzept zum Jugendhilfeausschuss am 30.11.2017 fertig ist.

Frau Elsaßer schlägt vor, den Entwurf des Konzeptes als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Herr Kolesnyk teilt mit, dass er im Unterausschuss seine Bereitschaft erklärt hat, in der Auswahlgruppe mitzuarbeiten.

Der Mitarbeit von Herrn Kolesnyk in der Auswahlgruppe wird mehrheitlich zugestimmt.



zu 10

## **Neues Kita-Gesetz noch in dieser Legislaturperiode**

**Vorlage: 17/SVV/0758**

Stadtverordneter Kolesnyk als Vorsitzender des JHA

Herr Kolesnyk bringt den Antrag ein. Er informiert, dass sich die AG Kita und der Unterausschuss Jugendhilfeplanung für den vorliegenden Antrag ausgesprochen haben.

Herr Wollenberg betont, dass das Anliegen unterstützenswert ist. Ihm fehlt aber ein wesentlicher Teil, nämlich eine verbindliche Festlegung von Qualitätsstandards. Dies sollte in den Antragstext integriert werden.

Frau Dr. Müller schlägt vor, den letzten Satz wie folgt zu ergänzen: „...vergleichbar darzustellen und zu finanzieren.“

Herr Wollenberg schlägt folgende Formulierung für den letzten Satz des Antrages vor: „Ziel ist es, unter Wahrung kommunaler Selbstverwaltung, verbindliche Mindestqualitätsstandards festzulegen sowie die Leistungen von Angeboten der Frühen Bildung im Land Brandenburg transparent und damit vergleichbar darzustellen und zu finanzieren.“

Herr Otto betont, dass sich das Kita-Gesetz den modernen Anforderungen anpassen muss. In der Qualitäts-AG wurden die Qualitätsstandards bereits erarbeitet.

Herr Kolesnyk stellt zunächst die folgende Änderung zur Abstimmung: Ziel ist es, unter Wahrung kommunaler Selbstverwaltung, verbindliche Mindestqualitätsstandards festzulegen sowie die Leistungen von Angeboten der Frühen Bildung im Land Brandenburg transparent und damit vergleichbar darzustellen und zu finanzieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

Anschließend stellt er den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

### **Der Jugendhilfeausschuss beschließt:**

Der Landesgesetzgeber wird aufgefordert, einen Entwurf für ein neues Kitagesetz in Auftrag zu geben und nach einem breiten Anhörungs- und Beteiligungsprozess noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Die Erkenntnisse und Entwicklungen der Fachdiskussionen, hier insbesondere aus den Jahren 2013 bis 2016, sind dabei aufzugreifen. Ziel ist es, unter Wahrung kommunaler Selbstverwaltung, **verbindliche Mindestqualitätsstandards festzulegen sowie** die Leistungen von Angeboten der Frühen Bildung im Land Brandenburg transparent **und damit vergleichbar darzustellen und** zu finanzieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

**zu 11      Anerkennung des Trägers Universitätssportverein Potsdam e.V. gemäß § 75 SGB VIII**

**Vorlage: 17/SVV/0760**

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau Frehse-Sevran teilt mit, dass der Unterausschuss die Anerkennung des Universitätssportvereins geprüft hat. Alle Kriterien für die Anerkennung werden erfüllt. Der Unterausschuss hat der Anerkennung zugestimmt und empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, der Anerkennung ebenfalls zuzustimmen.

Herr Boede fragt, ob es hier besondere Qualitäten beim Kinderschutz gibt, da es sich um einen Sportverein handelt.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass es definierte Voraussetzungen für die Gewährung der Anerkennung gibt. Diese müssen erfüllt sein. Sportvereine sind nur gezwungen, die Kinderschutzvereinbarung zu unterzeichnen, wenn sie nach § 75 SGB VIII anerkannt sein wollen.

Herr Wollenberg ergänzt, dass bei der Vorstellung des Trägers im Unterausschuss deutlich wurde, dass der Verein mit dem Projekt, das verfolgt wird, etwas über die Sportarbeit hinaus getan wird.

Herr Tölke ergänzt, dass es sich nicht um Angebote des Breitensports handelt.

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt:**

Die Anerkennung des Trägers Universitätssportverein Potsdam e.V. als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII auf der Grundlage seiner Satzung (Statut) vom 30.01.2017

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>12</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 12      Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 12.1    Sitzungskalender 2018**

**Vorlage: 17/SVV/0675**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Kolesnyk verweist auf den Wunsch des Ausschusses für Bildung und Sport, die Februar-Sitzung 2018 gemeinsam durchzuführen. Die Sitzung soll wie im Sitzungskalender geplant, am 22.02.2018 stattfinden.

Herr Otto schlägt vor, die Dezembersitzung vom 20.12.2018 auf den 13.12.2018 vorzuziehen.

Dem Vorschlag von Herrn Otto wird zugestimmt.

Herr Kolesnyk stellt den so geänderten Sitzungskalender für die Sitzungen des Jugendhilfeausschusses zu Abstimmung.

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:**

Sitzungskalender 2018 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihrer Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

**Mit folgender Änderung:**

**Die Dezembersitzung 2018 wird nicht am 20.12.2018 sondern am 13.12.2018 durchgeführt.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 13

**zu 13 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 13.1 Einwohnerversammlung im Ortsteil Fahrland gemäß § 4 Abs. 1 in Verbindung mit § 4 Abs. 1 Nr. b) und e) der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 17/SVV/0739**

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 14 Sonstiges**

Herr Kolesnyk erinnert daran, dass am 11.11.2017 die Klausur des Jugendhilfeausschusses durchgeführt wird. Die Einladung dazu erfolgt durch die Verwaltung des Jugendamtes.

Frau Parthum weist darauf hin, dass 15.10.2017 von 14 bis 18 Uhr der 4. Potsdamer Eltern-Medien-Tag im Treffpunkt Freizeit stattfindet.

Herr Boede bittet das Thema Kinder- und Jugendschutz bei der Arbeit der Ausländerbehörde in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses besprechen.

Herr Kolesnyk bittet um eine konkrete Formulierung des Tagesordnungspunktes.

Herr Wollenberg bittet darum, dass dazu dann auch die Verantwortlichen aus der Verwaltung eingeladen werden.

**Nächster Jugendhilfeausschuss: 30. November 2017, 16:30 Uhr**

**David Kolesnyk  
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra  
Schriftführerin**